

Utopie oder bald Realität?

Bedingungsloses Grundeinkommen



Annina Tischhauser
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
annina.tischhauser@bfh.ch

Seit vergangenem Oktober ist es definitiv: Das Stimmvolk wird in zwei, drei Jahren über die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen abstimmen. Damit gewinnt eine Debatte weiter an Fahrt, die zunächst eher milde belächelt als ernsthaft geführt wurde. Zu unwahrscheinlich schien es, dass das alte, nun von einer bunt zusammengewürfelten Trägerschaft neu lancierte Anliegen eines Grundeinkommens zu bewegen oder gar zu überzeugen vermag. Der Verein «SOZ Bern» lud Anfang November 2013 zur Diskussion.

Die Idee der Initiantinnen und Initianten scheint in der Tat utopisch: Jeder Mensch in der Schweiz, egal ob erwerbstätig oder nicht, erhält ein Grundeinkommen zur Existenzsicherung, ein Leben lang. Damit soll «ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben» möglich sein, wie es im Initiativtext heisst – und für jene, die es nicht so nötig haben, mehr Selbstbestimmung, Kreativität und Eigenverantwortung. Ein mutiges, streitbares Anliegen. Denn: Ist den Menschen das zuzutrauen? Kann sich die Schweiz das leisten? Und: Welche Probleme unserer Zeit würden damit überhaupt gelöst?

Sozialarbeitende von der Thematik unmittelbar betroffen

Dass diese Fragen inzwischen landauf, landab ernsthaft diskutiert werden, zeigte auch das grosse Interesse an der Veranstaltung der «Soz Bern» (vgl. Kasten). Auch und gerade aus Sicht der Sozialarbeitenden greift die Initiative wichtige Problemfelder auf, wie eine Mitarbeiterin des Bieler Sozialdienstes anschaulich darlegte: Ein grosser Teil ihrer Klientinnen und Klienten könnte mit einem Grundeinkommen in der vorgeschlagenen Höhe von CHF 2500 im Monat auf den stigmatisierenden Gang aufs Sozialamt verzichten. Den Sozialarbeitenden würde also (endlich) die Arbeit ausgehen? Im Gegenteil, ist eine Studentin überzeugt: Ein Grundeinkommen führe nicht, wie mancherorts befürchtet und aus liberaler Sicht teilweise auch gewünscht, zum Totalabbau des Sozialstaats. Die Soziale Arbeit erhielte vielmehr die Chance, sich jenseits der Existenzsicherung und der erdrückenden Bürokratie neu zu definieren.

Kein «linkes» Anliegen

Blaise Kropf, Grossrat der Grünen und Gegner der Initiative, machte klar, dass beim Grundeinkommen nicht von einem «linken» Anliegen die Rede sein kann: Ein Grundeinkommen werde die Wirtschaft dazu verleiten, die Löhne nach unten zu korrigieren und nehme dem Kampf um existenzsichernde Löhne den Wind aus den Segeln. Darüber hinaus sei die Entkoppelung von Arbeit und Erwerb unserer Gesellschaft nicht zuzumuten und wäre der Werthaltigkeit von Erwerbsarbeit abträglich. Dem muss zustimmen und widersprechen, wer in dieser Debatte die heute unbezahlte Arbeit in den Blick nimmt: Der «privaten» Betreuungs-, Pflege- und Hausarbeit, die 50 Prozent aller geleisteten Arbeitsstunden entspricht, wird gesellschaftlich in der Tat nicht annähernd die gleiche Anerkennung zuteil wie Erwerbsarbeit – dass sie deswegen nicht zuzumuten sei, wäre indessen neu.

Ist mit dem Grundeinkommen also ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit zu haben und wird damit grundlegend an der Verteilung von Rechten, Pflichten, Möglichkeiten und Ressourcen gerüttelt? Leider nein, sagen Initiantinnen wie Ina Praetorius, deren Stimme auf dem Podium nicht vertreten war. Aber: Zuerst brauche es das Grundeinkommen, dann könnten die Rollen neu verteilt werden. ●



Bedingungsloses Grundeinkommen

Rund 150 Ehemalige, Studierende und Dozierende waren der Einladung der «SOZ Bern», dem Verein Bildungsstätte für Soziale Arbeit Bern, gefolgt, sich am 6. November 2013 über die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens zu informieren und mit namhaften Persönlichkeiten zu diskutieren: Hans Ruh, Sozialethiker und Theologe, führte unter historischen, ethischen, sozialen und liberal-anarchistischen Gesichtspunkten in die umstrittene Thematik ein. Oswald Sigg, ehemaliger Bundesrats-sprecher und prominentester Kopf des Initiativkomitees, sowie Blaise Kropf, Grossrat der Grünen und Gewerkschaftssekretär, legten die Pro- und Contra-Argumente aus. Johannes Schleicher, Leiter des Fachbereichs Soziale Arbeit, moderierte die Veranstaltung.

Der Initiativtext für das Grundeinkommen besteht aus drei schlichten Sätzen: «Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.» Den Initianten schwebt ein Betrag von etwa CHF 2500 pro Monat vor. Wer einer Erwerbsarbeit nachgeht, hätte gleich viel Geld zur Verfügung wie zuvor: Bei CHF 7000 Einkommen monatlich verteilte sich der Betrag neu auf CHF 2500 Grundeinkommen und CHF 4500 Lohn. Hinter dem Begehren steht ein überparteiliches Komitee.

SOZ
BERN



1 v.l.n.r.: Johannes Schleicher, Oswald Sigg, Hans Ruh, Blaise Kropf
2 Oswald Sigg
3 Rund 150 Personen folgten der Einladung der «SOZ Bern».
4 Hans Ruh

